

**P R O T O K O L L**

über die Sitzung **des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau** der Stadt Burgdorf am **04.12.2018** im Ratssaal des Schlosses, Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

18.WP/A-USB/021

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr  
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 20:20 Uhr  
Ende vertraulicher Teil: Uhr

---

**Anwesend:** **Vorsitzender**

Kaefer, Volkhard, Dr.

**stellv. Vorsitzender**

Köneke, Klaus

**Mitglied/Mitglieder**

Heller, Simone  
Hinz, Gerald

bis 19.50 Uhr  
ab 18.00 Uhr, für Rheinhardt, Michael

Nijenhof, Rüdiger  
Paul, Matthias

für Rheinhardt, Michael, bis 18.00 Uhr

Sieke, Oliver  
Weilert-Penk, Christa  
Wichmann, Christiane

**Grundmandatar/e**

Fleischmann, Michael

**Beratende/s Mitglied/er**

Kleinschmidt, Dieter  
Schellenberger, Andreas

bis 19.30 Uhr

**Gast/Gäste**

Werner, Michael, Dr.-Ing.

Büro Sigma

**Verwaltung**

Barm, Henry  
Bauer, Henry  
Baxmann, Alfred  
Fischer, Andreas  
Frank, Katrin  
Kauter, Theo  
Kugel, Michael  
Warnecke, Reiner  
Weddige, Frauke

## **TAGESORDNUNG**

### Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Sachstandsbericht zum Projekt "Neubau IGS"
3. Neubau IGS - Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für alternative Beschaffungsart  
Vorlage: BV 2018 0767

Einwohnerfragestunde

### Öffentlicher Teil

#### **1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

---

**Herr Braun** und **Herr Dr. Kaefer** eröffneten um 17.00 Uhr die Sitzung und stellten jeweils die Beschlussfähigkeit des Schulausschusses und des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau fest.

**Herr Kugel** teilte die Erweiterungen der Tagesordnung für den Schulausschuss mit.

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau genehmigten die Tagesordnung ihres Ausschusses in der Form der Einladung vom 16.11.2018.

#### **2. Sachstandsbericht zum Projekt "Neubau IGS"**

---

**Herr Fischer** erläuterte anhand einer Präsentation ausführlich den derzeitigen Sachstand zum Projekt „Neubau IGS“. Er ging insbesondere auf die Lage und Eignung des für den Neubau vorgesehenen Grundstückes an der Straße „Vor dem Celler Tor, die durchgeführten Schallschutzuntersuchungen, das erstellte Verkehrsgutachten, die Versickerungsfähigkeit des Bodens und die sich aus diesen Faktoren ergebende mögliche Lage des Schulgebäudes und der Sporthalle ein. Als Referenzobjekte benannte **Herr Fischer** die IGS Wilhelm Bracke in Braunschweig und die Gorch-Fock Schule in Hamburg Blankenese.

Weiterhin gab **Herr Fischer** Erläuterungen zu der vom Büro Drees & Sommer erstellten Nutzerbedarfserfassung sowie die voraussichtliche Terminplanung.

Die Vergabe des Objektes an einen Totalunternehmer bedeute eine Zeiterparnis von ca. 2 Jahren, so dass von einer Fertigstellung 2023/2024 ausgegangen werden könne.

**Herr Baxmann** sprach sich für die Vergabe an einen Totalunternehmer aus, da diese helfe, das Risiko der Stadt zu minimieren.

**Herr Fleischmann** kritisierte das vorgesehene Projekt auf das Schärfste, da das Volumen von 57 Millionen Euro die finanziellen Möglichkeiten der Stadt Burgdorf sprengen werde. Die Vergabe an einen Totalunternehmer mache keinen Unterschied mehr.

**Frau Weilert-Penk** befürwortete die Schaffung bester schulischer Bedingungen, die insbesondere auch durch die Schaffung einer SEK II an der IGS erreicht werden könnten.

**Frau Thieleking** forderte die Erstellung eines Schulwegekonzeptes für die gesamte Stadt Burgdorf. Angesichts des tragischen Unfalls vor kurzer Zeit stelle sich die Frage nach Alternativen zu den Schutzstreifen für Radfahrer.

**Herr Fischer** erklärte, dass man sich bereits die nähere Umgebung in diesem Zusammenhang angesehen habe und im Zuge der Konkretisierung des Verkehrskonzeptes verschiedene Varianten, insbesondere des Radwegenetzes geprüft würden.

**Herr Baxmann** wies darauf hin, dass die Straße „Vor dem Celler Tor“ eine Regionsstraße und die Stadt Burgdorf nicht der Straßenbaulastträger sei.

**Herr Fischer** vermutete, dass sich hinsichtlich der Schulwege gegebenenfalls Synergien mit der Schule am Wasserwerk ergeben könnten.

Zur Frage des von **Herrn Pollehn** angesprochenen Raumprogramms erklärte **Herr Fischer**, dass dieses bereits vor einem Jahr beschlossen worden sei. Im Rahmen der Nutzerbedarfserfassung werde dieses weiter geprüft. Die daraus gegebenenfalls gewonnenen neuen Erkenntnisse werde man mitteilen.

### 3. **Neubau IGS - Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für alternative Beschaffungsart** **Vorlage: BV 2018 0767**

---

**Herr Dr. Werner**, Geschäftsführer der SIKMa GmbH, erläuterte ausführlich das Ergebnis der durchgeführten Wirtschaftlichkeitsuntersuchung. Setze man voraus, dass der Baubeginn 2021 erfolge, beliefen sich die Gesamtkosten auf 49.800.000 €. Hierzu müsse man die voraussichtliche Kostensteigerung von 3,5 % einkalkulieren.

Zusammengefasst ergebe sich aber bei den investiven Kosten eine Einsparung von 6,2 Mio.

Auf die Frage von **Herrn Schulz**, ob es möglich sei, eine Sek II nur optional für einen späteren Zeitpunkt vorzusehen, da die Stadt Burgdorf nicht alle Kosten für Schulbauten von derzeit insgesamt 80 Millionen bewältigen könne, antwortete **Herr Dr. Werner** dass dies eine Kostensteigerung von 10 bis 20 % zur Folge haben würde.

Die weitere Frage von **Herrn Schulz**, ob die Abrechnung und Zahlung der Kosten auch jeweils nach Baufortschritt erfolgen könne, bejahte **Herr Dr. Werner**. Wichtig bei einer Vergabe an einen Totalunternehmer sei, dass die Verwaltung zuvor das gesamte Projekt zu Ende gedacht haben müsse. Für den Fall weiterer Wünsche während der Bauphase müsse dann an anderer Stelle etwas eingespart werden. Das Baucontrolling erfolge während dieser Phase durch den Totalunternehmer, die Schlussabnahme zusammen mit der Stadt.

**Herr Dresskornfeld** sah es angesichts der anhaltenden Baukonjunktur als schwierig an, einen entsprechenden Totalunternehmer zu finden.

**Herr Dr. Werner** bestätigte dies. Auch das Angebot an Totalunternehmern sei „geschrumpft“. Für eine gute Vergabe müsse man ungefähr fünf Angebote zur Auswahl haben. Wie die Reaktion der Anbieter auf eine Ausschreibung sei, hänge davon ab, wie bedienbar diese sei. Die Ausschreibung für eine IGS eigne sich seiner Meinung nach für ein solches Verfahren. Zudem biete sich bei einer Ausschreibung für Totalunternehmer bei einem nicht zufriedenstellenden Ergebnis die Möglichkeit diese aufzuheben.

**Herr Pollehn** regte an, sich Schulen, die in dieser Weise errichtet worden seien

als Beispiele zu nehmen und gegebenenfalls aus deren „Fehlern“ zu lernen.

**Herr Fischer** antwortete hierauf, dass man bereits mit Laatzen bezüglich der dort neu errichteten Schule Kontakt aufgenommen habe.

**Herr Könecke** befürwortete die Vergabe an einen Totalunternehmer.

Sollte die IGS eine Sekundarstufe II bekommen, sei es wichtig, dass Teile des Neubaus bereits fertig und nutzbar seien, so dass die Container für das aus diesem Grund gestiegene Schüleraufkommen genutzt werden könnten.

**Herr Fischer** riet davon ab, Schüler auf einer laufenden Baustelle unterzubringen, da dies erhebliche Einschränkungen im Bauablauf bedeute.

Den Vorschlag von **Herrn Kirstein**, auch andere Projekte wie Kindertagesstätten oder Feuerwehrlhäuser an einen Totalunternehmer zu vergeben, verwarf

**Herr Dr. Werner**, da derartige Vorhaben für ein solches Verfahren zu klein seien.

Die Frage von **Herrn Sieke**, was im Fall einer Insolvenz des Totalunternehmers zu befürchten sei, beantwortete **Herr Dr. Werner** dahingehend, dass man sich zuvor vertraglich den Zugriff auf die Nachunternehmer sichern könne und sich zudem eine entsprechende Bürgschaft geben lassen könne.

**Herr Eggers** wertete den Vortrag von **Herrn Dr. Werner** als gute Entscheidungsgrundlage. Er hielt die Vergabe an einen Totalunternehmer für die bessere Variante, da diese zum einen eine Kostenersparnis erwarten lasse und auch zeitliche Vorteile verschaffe.

**Frau Gersemann** betonte die Notwendigkeit einer Sekundarstufe II an der IGS. In diesem Zusammenhang sei der Neubau der Schule die wirtschaftlichste und beste Variante. Hier von einem Prestigeobjekt zu sprechen, sei polemisch und in der Diskussion ungeeignet.

**Herr Nijenhoff** sprach sich ebenfalls für die Einführung einer Sekundarstufe II aus, da diese zur Verbesserung der Schullandschaft beitrage. Hier spiele die Zeit im Interesse der Schüler eine große Rolle, so dass die Vergabe an einen Totalunternehmer schon aufgrund der Zeitersparnis geboten sei.

**Herr Pollehn** wies ausdrücklich darauf hin, dass auch die CDU bereits vor einem Jahr in einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau und dem Schulausschuss für einen Neubau der IGS gestimmt habe. Ein Vorwurf der Mehrheitsgruppe gegen die CDU in dieser Hinsicht erübrige sich somit. Allerdings habe Burgdorf nicht nur eine Schule. Auch andere Schulen litten seit längerer Zeit an Versäumnissen der Vergangenheit und auch andere Kinder bräuchten Schulen.

**Herr Baxmann** erläuterte, dass die Verwaltung sich in der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses dafür ausgesprochen habe, eine Entscheidung zu treffen, welche Projekt zeitversetzt umgesetzt werden könnten, dies jedoch nicht gelungen sei.

**Frau Wichmann** sprach sich angesichts der Finanzlage und des Schulfriedens dafür aus, die Standards aller Schulen zu beschränken.

**Herr Braun** stellte den Antrag, die Rednerliste zu schließen.

**Herr Dr. Kaever** verlas den in der Vorlage formulierten Beschluss und stellte diesen zur Abstimmung.

### **Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau fassten einstimmig den folgenden empfehlenden Beschluss**

**I. Der Rat nimmt die von dem Beratungsunternehmen SIKMa GmbH, Achim, erarbeitete Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zum „Neubau der Integrierten Gesamtschule in Burgdorf“ vom 08.11.2018 zur Kenntnis.**

**II. Aufgrund der in der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung dargestell-**

**ten wirtschaftlichen Vorteile wird die Errichtung des Neubaus der Integrierten Gesamtschule mit Schulgebäude, Sporthalle, Sportaußenanlagen, sonstigen Außenanlagen im Rahmen einer alternativen Beschaffungsvariante „Planung, Neubau und Finanzierung über einen Auftragnehmer im Rahmen eines Totalunternehmermodells (TU-Modell)“ durchgeführt.**

## **Einwohnerfragestunde**

**Herr Dr. Kaefer** eröffnete die Einwohnerfragestunde um 19.48 Uhr.

**Eine Einwohnerin** bestätigte die Ausführungen des Bürgermeisters und sprach sich ebenfalls dafür aus, alle Schulen zu berücksichtigen.

Der Schulleiter der ALGS verlas einen Brief an Rat und Verwaltung. Dieser ist dem Protokoll in der Anlage beigelegt.

**Eine Einwohnerin** reagierte mit Unverständnis auf die Forderung der Politik und Verwaltung Bedürfnisse der Schulen zurückzustellen. Dies tue man seit Jahren und man frage sich angesichts solcher Äußerungen, wie lange man dies noch von den Eltern und Schülern verlangen wolle.

**Herr Baxmann** antwortete hierauf, dass der Bedarf der Schulen von niemandem bezweifelt werde. Aufgrund der steigenden Schülerzahlen stünden auch andere Kommunen vor diesem Problem. Die Umsetzung der Vorhaben sei den finanziellen und materiellen Voraussetzungen geschuldet. Auch eine Verwaltung sei hinsichtlich der Personalrekrutierung marktabhängig. So sei es derzeit fast unmöglich geeignetes Personal für die Gebäudewirtschaftsabteilung zu bekommen.

**Frau Wichmann** sah es als Konsequenz aus den Personalproblemen und der finanziellen Situation als unabdingbar an, vernünftige Kompromisse zu finden. Nur das Beste umzusetzen, sei einfach nicht möglich.

**Frau Träger** verwies auf das Schreiben der Ortsvorsteherinnen und -vorsteher. Dieses verlange eine detaillierte Betrachtung der Prioritätenliste, um vernünftige zeitliche Lösungen zu finden.

**Eine Zuhörerin** bemängelt, dass ständig Beschlüsse verschoben würden, aber nichts passiere. Kinder, die jetzt zur Grundschule kämen, bräuchten in vier Jahren eine Anschlusschule.

**Herr Pollehn** erwiderte, dass die Entscheidung zur Schaffung dieses Anschlusses in Form eines Neubaus bereits getroffen worden sei.

**Dieselbe Zuhörerin** antwortete hierauf, dass dieser Beschluss bereits vor einem Jahr gefasst worden sei und sich die Frage stelle, warum die IGS noch nicht fertig sei.

**Herr Fischer** erklärte, dass zwar der Beschluss für den Neubau der Schule vor einem Jahr gefasst worden sei, es sich hier jedoch um ein Vorhaben und eine Investition wie niemals zuvor in der Stadt Burgdorf handle. Für die Verwaltung bedeute dieses einen gewaltigen Aufwand und ein sehr großes Arbeitsaufkommen. Erst seien die Vorarbeiten wie zum Beispiel die Aufstellung des Bebauungsplanes, die vorherige Änderung des Flächennutzungsplanes und die Erstellung eines Verkehrsgutachten zu leisten. Ein Vorhaben dieser Art erfordere eben eine zeitintensive Vorbereitung.

**Ein Zuhörer** kritisierte, dass Rat und Verwaltung schon seit sechs Jahren über den Neubau der GPGS diskutierten. Als der jetzt vom Gymnasium genutzte Neubau fertig gewesen sei, habe man auf den ersten Blick sehen können, dass dieser für die GPGS zu klein gewesen wäre.

**Eine Zuhörerin** wollte wissen, ob die Fertigstellung der IGS für 2024 zugesichert werden könne. **Herr Baxmann** antwortete hierauf, dass dies

derzeit nach bestem Wissen und Gewissen der Fall sei.

**Herr Alker** äußerte Verständnis für den dargelegten Zeitbedarf. Der Neubau werde für Schüler errichtet, die sich derzeit noch im Kindergarten oder in der Grundschule befänden.

**Herr Dr. Kaefer** schloss die Einwohnerfragestunde und somit die gemeinsame Sitzung um 20.20 Uhr.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin